

# OSTTHÜRINGER Zeitung

## Insekten schützen: Doch Antrag von Grüne/SIP zur Anlage von Blühflächen in Pößneck abgelehnt

Grüne/SIP-Fraktion will Insekten schützen, empfängt im Stadtrat aber eher eine Rechnung für grüne Politik.

20. März 2019 / 21:52 Uhr



Eine etwa 40 Quadratmeter große entsiegelte Parzelle gegenüber der AOK in der Ecke Neustädter Straße/Bodelwitzer Weg in Pößneck soll für zunächst ein Jahr als Blühfläche dienen beziehungsweise mit etlichen Tüten „Gartentraum“ und „Nektarwiese“ bepflanzt werden, die der Stadtgrünverantwortliche Lutz Wagner schon besorgt hat. Die städtische Fläche ziert außerdem eine junge Purpurerle. Foto: Marius Koity

Pößneck. Die Pößnecker Stadtratsfraktionsgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen und Sozialer Initiative Pößneck hält es für notwendig, dass auf kommunalen Flächen der Landesgartenschaustadt Blühflächen angelegt werden. Außerdem fordert sie von der Stadt „die Erstellung eines komplementären Maßnahmenkonzeptes zum Schutz von Insekten“. Die große Mehrheit des Stadtrates sieht diesen Bedarf allerdings nicht. Und hat einen entsprechenden Antrag von Steve Richter und Constanze Truschzinski in der jüngsten Sitzung des Stadtrates abgeschmettert.

Einheimische Wildkräuter und -blumen sollten unter anderem auf Kreisverkehren und an Straßenrändern, an den Ortseingängen, in Teilen des Lutschgen- und des Gottesackerkirchensparkes sowie des Rosenbergplatzes, auf Grünflächen der städtischen Gesellschaften ausgesät werden. Und mittelfristig sollte für die Grünflächenpflege der Grundsatz „einmal pro Jahr ist ausreichend“ gelten, zumal die Stadt damit Geld sparen könne. Ziel dieses Maßnahmenpakets sei, die Lebensbedingungen der Blüten bestäubenden Insekten zu verbessern, die beispielsweise unter der intensivierten Landwirtschaft zu leiden hätten.

„Ohne ausreichend Insekten, die Pflanzen bestäuben und oftmals erstes Glied in der Nahrungskette sind, ist ein Leben nicht möglich“, lautete Richters Appell.

Wolfgang Kleindienst berührte das nicht – er las Richter erst einmal die Leviten. Das Insektensterben hätten die Grünen mit ihrem Hang zu Bioenergie-Monokulturen selbst zu verantworten, stellte der Chef der Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla anhand von Zitaten der ehemaligen Grünen-Minister Renate Künast und Jürgen Trittin in den Raum, die in den Bauern die „Ölscheichs von morgen“ oder eher Energie- statt Landwirte sahen. Außerdem töte jede Windkraftanlage jeden Sommer rund fünfzig Kilogramm – also tausende, vielleicht sogar zehntausende – Insekten. Die Grünen sollten lieber ganz praktisch leer stehende Kleingärten in Pößneck übernehmen und da etwas für Bestäuber tun. Das klang nach einem geharnischten Gruß aus dem Kleingärtner-Regionalverband – den Richter eigentlich auf seiner Seite wählte.

Andere Stadträte hielten eher die Idee, dass städtische Grünflächen nur einmal pro Jahr gemäht werden sollen, für abwegig. „Stauden ja, aber doch kein Wildwuchs, weil sich da Müll ansammelt“, sagte Peter Metzner (CDU). „Die Leute fühlen sich unwohl, wenn’s ungepflegt aussieht, sie wollen einen glatten Rasen“, hieß es in Enrico Kleebuschs (SPD) Abrechnung mit seinem ehemaligen Fraktionskameraden Richter .

Zweitgrößter Beschwerdetatbestand in der städtischen Verwaltung seien die nicht schnell genug gemähten Grünflächen, nur beim Winterdienst sei die Aufregung größer, gab Bürgermeister Michael Modde (parteilos) zu verstehen. Gern könne Richter künftig die entsprechenden Telefonate mit den Bürgern führen. Ansonsten verlas das Stadtoberhaupt eine längere fachliche Stellungnahme des Stadtgrünverantwortlichen Lutz Wagner – die nicht für die heiß diskutierte Grünen/SIP-Initiative sprach.

„Pößneck ist eine sehr, sehr grüne Stadt, wer einmal auf den Weißen Turm steigt, wird das sehen“, warf Uwe Silge (CDU) ein. Dieter Teichmann (FDP/FW/FFW) verwies auf einen Bienenweide, die die Stadt im vergangenen Jahr in der Ecke Raniser Straße/Bahnhofstraße angelegt habe. Und Alf Borchardt (FDP/FW/FFW) erinnerte daran, dass der Pößneck attraktiver e. V. seit den Nullerjahren jeden Herbst, etwa entlang der Bundesstraße, Frühblüher pflanze – die Grünen seien bei diesen Arbeiten willkommen. Diese Reihe könnte man mit den Bienenbäumen in der Ecke Orlamünder Straße/Saalfelder Straße ergänzen, die 2017 vom Imkerverein Pößneck in Abstimmung mit der Stadt gesetzt wurden, oder noch älteren Pflanzungen dieser Art in der Rosa-Luxemburg-Straße.

Frühblüher- seien keine Blühflächen, entgegnete Richter , als er sich mal verteidigen durfte. Es gehe auch nicht darum, Unkraut zu verbreiten oder die Stadt zu verschandeln. Vielmehr gehe es darum, eine für das gesamte Ökosystem notwendige Artenvielfalt zu erhalten, und wer über einen gesunden Menschenverstand verfüge, der werde dem Blühstreifen-Antrag zustimmen, ergänzte Truschzinski. Am Ende waren Richter und sie allein mit dieser Meinung.

Aus der städtischen Stellungnahme zur Grüne/SIP-Initiative

Der Grüne/SIP-Antrag sei abzulehnen, weil die Forderungen in städtischer Initiative seit Jahren in höherer Qualität schon erfüllt werden.

Auf den vorgeschlagenen Flächen seien Blühflächen gar nicht möglich, weil sie schon bepflanzt seien. Blühstreifen würden sich auf etablierten Rasenflächen nicht durchsetzen, da

die Sämlinge der gewünschten Kräuter vom konkurrenzstarken vorhandenen Bewuchs verdrängt würden.

Möglich seien Blühflächen nur auf neuen Grünflächen. So sei die insektenfreundliche Bepflanzung einer entsiegelten Fläche an der Neustädter Straße bereits in Arbeit.

Bei der Pflanzung von Bäumen, Sträuchern und Stauden werden Arten ausgewählt, die über die entsprechende Eignung für Standort und die Gestaltungsabsicht hinaus dem Anspruch der Artenvielfalt gerecht werden. Gleiches gelte für Wiesen- und Rasenflächen.

Natürliche Sukzession werde auf brach liegenden Flächen zugelassen, beispielsweise auf dem Gelände einer ehemaligen Kleingartenanlage in Pößneck-Ost

Städtische Grünflächen nur einmal pro Jahr zu mähen, sei undenkbar, weil die Bevölkerung gepflegte Grünflächen fordere. Denkbar sei aber ein Versuch etwa auf Böschungen in Bereichen wie Unter der Turmstraße und Alte Molkerei oder an Gewässern. Nachteil der einmaligen Mahd seien viel mehr zu entsorgende Biomasse und höhere Kosten.

Grüne/SIP könnten jederzeit Flächen in Patenschaft übernehmen.

Marius Koity / 20.03.19